

Sozialabbau stoppen!

Arbeitnehmerrechte verteidigen!

Für eine andere Politik kämpfen!

Wir, Vertrauensleute, Mitglieder von Personal- und Betriebsräten, Jugend- und Auszubildendenvertretungen sowie aktive Mitglieder der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di Bezirk München, fordern alle betrieblichen und gewerkschaftlichen Gremien, alle organisierten und unorganisierten Kolleginnen und Kollegen auf, sich energisch und entschieden gegen die Politik der Bundesregierung und der Bundestagsparteien zu wenden und dagegen aktiv zu werden.

Wir sehen uns einer großen Koalition des Sozialabbaus, des Abbaus von Rechten der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen und der massiven Einschnitte in die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung gegenüber. Einer Koalition, die unterstützt durch alle Medien angetreten ist, die Errungenschaften gewerkschaftlicher und politischer Arbeit zu zerstören, den Sozialstaat abzubrechen, Arbeitnehmer und ihre Organisationen ihrer Rechte zu berauben. Diese Politik wird die soziale Sicherung auf ein Minimum eindampfen, die demokratischen Rechte in Gesellschaft und Betrieb mehr und mehr untergraben und damit lohnabhängig Beschäftigte, viele Freiberufler und Arbeitslose in dieser Gesellschaft einflussloser machen. Diese Politik ist dazu geeignet, die Gesellschaft und dieses Land zum Nachteil der Mehrheit der Bevölkerung und zum Vorteil der Reichen und Konzerne zu verändern. Diese Politik wird ein Heer von Menschen ohne wirkungsvolle Rechte und eine schleichende Verarmung von immer mehr Familien schaffen.

Dafür wurde diese Bundesregierung nicht gewählt!

Wir Gewerkschafter sind in den vergangenen Jahren dieser Politik nicht im notwendigen Maße entgegengetreten. Wir haben fast kampflos zugeschaut, wie die paritätische Rentenreform gekippt wurde, wir konnten den Hartz-Gesetzen auch dort Gutes abgewinnen, wo nichts Gutes zu erwarten war, wir haben uns im Kampf gegen die Agenda 2010 auf die sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Parteitagsdelegierten verlassen. Als diese am 2. Juni die Pläne der Regierung abgesegnet haben, haben wir unseren Widerstand eingestellt. Wir wurden dafür mit einer Gesundheitsreform belohnt, die wiederum einseitig zu Lasten der

Versicherten und damit zu Lasten der abhängig Beschäftigten und Arbeitslosen geht. Die Politik der Gewerkschaften, sich fast ausschließlich auf die Verbindung und guten Kontakte zur sozialdemokratischen Regierungspartei zu verlassen, ist gescheitert. Wir müssen uns wieder auf unsere eigenen Kräfte besinnen und unsere Aufgaben so wahrnehmen, dass die Gewerkschaften ihrer Rolle als Interessenvertreter der kleinen Leute auch gerecht werden.

Wir wollen keine andere Regierung, aber wir wollen eine andere Politik!

Wir sind uns darüber im Klaren, dass wir der geballten Medienmacht gegenüberstehen und ihr nicht mit den selben Mitteln entgegentreten können. Wir besitzen keine Fernsehsender und keine Zeitungen, mit denen wir die Masse der Menschen erreichen. Aber wir sind in den gewerkschaftlichen Gremien, Betrieben und Dienststellen, in Initiativen und Vereinen nicht durch die Mattscheibe von den betroffenen Menschen getrennt, sondern Teil von ihnen. Dort, wo wir arbeiten und leben, müssen wir informieren, aktiv werden, andere zur Aktivität bewegen.

Wir haben Alternativen zur Regierungspolitik. Wir haben die Möglichkeit, diese Alternativen in allen gewerkschaftlichen Gremien zu diskutieren, in Betrieben, Dienststellen, Initiativen und Vereinen zu verbreiten. Wir haben die Möglichkeit, in Betriebs- und Personalversammlungen mit vielen betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu reden und Position zu beziehen. Wir haben die Möglichkeit, mit anderen zusammen in die Öffentlichkeit zu gehen und öffentliche Aktionen gut vorzubereiten. Wir haben die Möglichkeit, über betriebliche Aktionen nachzudenken. Wer, wenn nicht wir soll die Kraft haben, dieser Politik etwas entgegenzusetzen und diese Politik zu ändern?

Wir Gewerkschafter müssen aufhören unsere Kraft nur daran zu messen, wie wir in den Medien präsent sind. Unsere Kraft entwickelt sich aus der Klarheit unserer Positionen, aus der Bereitschaft unserer Funktionäre, andere von diesen Positionen zu überzeugen, aus der Bewegung, die überzeugte Menschen erzeugen können. Diese Erfahrung machen wir in unserer täglichen betrieblichen Arbeit, diese Erfahrung können nur wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und unsere Organisation in diesen Kampf einbringen.

Wir haben noch die Möglichkeit, für eine andere Politik zu kämpfen, also kämpfen wir!

Erklärung der Konferenz „Reformen made in Germany“ am 24. Juli 2003 in München